

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 137.

Dienstag, den 21. November

1905.

Die öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg am Montag, den 27. dieses Monats findet nicht nachmittags 3 Uhr, sondern vormittags 12 Uhr statt.
Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
den 18. November 1905.

4. Stadtanlagen-Termin betreffend.

Am 15. dieses Monats ist der 4. Termin der diesjährigen städtischen Anlagen fällig gewesen.
Es wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß zur Bezahlung derselben eine dreiwöchige Frist nachgelassen ist und daß nach Ablauf derselben gegen etwaige Restanten mit der zwangsweisen Einziehung vorgegangen werden wird.
Stadtrat Eibenstock, den 20. November 1905.
Hesse.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Holzbrechlers Hermann Otto Unger in Schönheiderhammer wird nach Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Eibenstock, den 15. November 1905.

Königliches Amtsgericht.

Die auf das Jahr 1904 hier abgelegte Gemeindefassen-Rechnung liegt nach erfolgter Prüfung vom 23. November 1905 ab 4 Wochen während der gewöhnlichen Geschäftsstunden im Rathause, Zimmer Nr. 6 — Gemeindefassen-Verwaltung — zur Einsicht aller Gemeindeglieder aus.

Schönheide, am 20. November 1905.

Der Gemeindevorstand.

Zur Marinevorlage.

Die mit Spannung erwartete und lange vorher in der Presse zu den abenteuerlichsten Kombinationen benutzte Marinevorlage ist nunmehr veröffentlicht worden. Sie entzieht allen den Gerüchten, die von uferlosen Flottenplänen der Regierung zu melden wußten, gründlich den Boden.

Die Vorlage enthält an geforderten Neubauten nichts weiter als die seinerzeit abgelehnten sechs Kreuzer. In der Begründung wird betont, daß die Regierung die im Jahre 1900 abgelehnte Forderung von Auslandschiffen jetzt, da der von vornherein angenommene Zeitpunkt des Baues herangekommen sei, wiederhole, weil die damaligen Gründe für die Vermehrung — Vertretung und Förderung der überseeischen Interessen des Reiches — auch heute noch zutreffen. Es sei aber noch ein weiterer schwerwiegender Grund hinzugekommen. „Infolge der Formierung starker und zahlreicher Geschwader von Panzerkreuzern seitens anderer Nationen ist auch für die deutsche Marine die zwingende Notwendigkeit entstanden, für den Kriegsfall außerhalb des Rahmens der heimischen Schlachtflotte wenigstens noch ein Geschwader leistungsfähiger Panzerkreuzer zur Verfügung zu haben.“ Falls die neu geforderten 6 großen Kreuzer bewilligt würden, so würde dann das Flottengesetz im ganzen für den Auslandsdienst 10 große Kreuzer vorsehen. Davon sollen verwandt werden: 1. als Stationäre — nach Maßgabe der bisherigen Erfahrungen — 4; 2. als Kreuzergeschwader — zur Verwendung da, wo es erforderlich wird — 4; 3. als Materialreserve 2. Es ist in Aussicht genommen, von den 6 großen Kreuzern in den folgenden Jahren jährlich einen großen Kreuzer durch den Etat zu fordern.

Die Kosten für Schiffbau und Armierung werden auf 6 × 26,50 = 159 Millionen Mark veranschlagt. Die Verteilung der Kosten auf die einzelnen Jahre ist so geplant, daß für das Jahr 1906 4,6 Millionen Mark eingestellt werden sollen, die im nächsten Jahre auf 13,3 Millionen und dann weiter auf 20,9 in 1908 und 27,5 in 1909 steigen. Von da vermindern sich die jährlichen Kosten wieder, bis sie 1915 6,8 Millionen betragen. Die Kostenbedeckung soll ziemlich genau zur Hälfte, nämlich mit 83,00 Millionen aus ordentlichen und zur anderen Hälfte, nämlich mit 82,31 Millionen aus der Anleihe bestritten werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt: 136 Seeoffiziere, 40 Marine-Ingenieure, 16 Sanitätsoffiziere, 8 Zahlmeister, 5643 Unteroffiziere und Mannschaften. Die durch die Vermehrung des Schiffbestandes herbeigeführte Steigerung der fortwährenden Ausgaben wird auf etwa 20 Millionen Mark geschätzt.

Neben der Novelle zum Flottengesetz, deren einzigen Paragraphen eben die Forderung der sechs Kreuzer bildet, umfaßt die Marinevorlage sodann noch als zweiten Teil eine Denkschrift zum Marineetat. Diese Denkschrift erläutert die Etatsforderungen außerhalb des Flottengesetzes. Es sollen die bisher vorgesehene 16 Torpedoboots-Divisionen (36 Boote) auf 24 Divisionen (144 Boote) vermehrt werden. Ferner sind zur weiteren Erprobung und späteren Beschaffung von Unterseebooten jährlich 5 Millionen Mark in Ansatz gebracht. Die Größenabmessungen der Schiffe und Torpedoboote sollen nach den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges gesteigert werden, und es entstehen daher für die Schiffe Mehrkosten gegen die früheren Anschläge. Ein Linienschiff kostet jetzt 36 Millionen Mark gegen 25 Millionen Mark früher. Die durchschnittliche Gesamtvermehrung an Schiffspersonal beträgt 2340 Köpfe. Die fortwährenden Ausgaben steigen infolge der gesteigerten Instandhaltung der Auslandskreuzer und Torpedoboote sowie infolge der höheren Betriebskosten der größeren Schiffe um durchschnittlich 8 Millionen Mark jährlich. Der Marineetat erhöht sich von 233 Millionen im Jahre 1906 auf 328 Millionen Mark im Jahre 1917.

Wer objektiv zu urteilen versteht, wird unbedingt zugeben müssen, daß sich die Marinevorlage mit ihren Forderungen in den Grenzen des absolut Notwendigen und unentbehrlichen für unsere Wehrkraft zur See hält. Insbesondere ist auf jede Neuforderung von Linienschiffen Verzicht geleistet worden, trotzdem weite patriotische Volkskreise aufs lebhafteste eine Vermehrung unserer Linienschiff-Geschwader wünschen. Es

darf daher mit Zuversicht gehofft werden, daß die Regierung für ihre so überaus bescheidenen Forderungen im Reichstage eine erhebliche Mehrheit finden wird. Das Gegenteil wäre jedenfalls vollkommen unverständlich und läme einer vaterlandsfeindlichen Maßnahme gleich, die wir den auf nationalem und staatserbaltendem Boden stehenden Parteien unserer Volksvertretung auf keinen Fall zutrauen möchten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die „N. N. Z.“ schreibt: Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin gedenken das für den 27. Febr. l. J. bevorstehende Fest ihrer silbernen Hochzeit im engsten Familienkreise zu feiern. Auswärtige Regierungen sind auf Anfrage von diesem bereits vor mehreren Wochen gefaßten Entschluß des Kaiserpaars in Kenntnis gesetzt worden.

— Die deutsche Marine und mit ihr das deutsche Volk ist durch den Untergang des Torpedobootes S 126 von einem schweren Unglück betroffen worden. Wie der Draht aus Kiel meldet, ist das Torpedoboot S 126 Freitagabend bei Vüll durch einen Zusammenstoß mit dem kleinen Kreuzer „Urdine“ gesunken. Ein Offizier und 30 Mann werden vermisst; mehrere Personen sind verwundet. Nach dem Zusammenstoß ging die „Urdine“ an der Unfallstelle vor Anker. Sonnabend morgen sind Werkdampfer an die Unfallstelle abgegangen. — Ueber die näheren Umstände bei dem Zusammenstoß wird uns aus Kiel weiter gemeldet: Die Kollision des Führerbootes der 4. Torpedoboots-Division, S 126 mit dem Kreuzer „Urdine“ ereignete sich abends 8 Uhr 45 Minuten in der Kieler Bucht. Die Division machte eine schulmäßige Nachtübung gegen „Urdine“, die abgeblendet fuhr. Das Führerboot ist anscheinend durch das Scheinwerferlicht der „Urdine“ geblendet gewesen und vor den Bug des Kreuzers gekommen. Das Boot sank infolge Kessel-Explosion, wodurch sich wohl hauptsächlich die große Zahl der Vermissten erklärt. — Der bedauerliche und namentlich durch den Tod von 31 braven Seeleuten schmerzliche Unglücksfall ruft uns wieder ins Gedächtnis, daß überall da, wo die Vorbereitung auf den Krieg wirklich mit Ernst und unter Anwendung möglichst kriegsmäßiger Mittel gehandhabt wird, Verluste bei den Friedensübungen nie ganz vermieden werden können. Ausländischen Marinen geht es nicht besser. Hat doch z. B. die englische Flotte innerhalb der letzten fünf Jahre fünf Torpedobootszerstörer, darunter das bekannte Turbinenschiff Kobra, verloren, während eine noch größere Anzahl von Zerstörern erhebliche Beschädigungen erlitten hat. Auch in anderen Marinen, deren Torpedoboote bei Nachtübungen mit voller kriegsmäßiger Geschwindigkeit ohne Rücksicht auf das blendende Scheinwerferlicht zum Angriff an die großen Schiffe heranzufahren, sind trotz sorgfältiger Personal-Ausbildung Zusammenstöße vorgekommen. Verschont geblieben von solchen Friedensverlusten blieb einzig und allein die russische Marine, aber man weiß, auf welcher Stufe die Ausbildung ihrer Torpedoboote stand, als sie in Ostasien die Probe auf ihre Friedensarbeit ablegen sollten. Nicht ein einziges ihrer Boote gelangte trotz mehrfach sich bietender günstiger Gelegenheiten zum Torpedoangriff an den Feind. Wir müssen daher bereit sein, solche Opfer, so schmerzlich sie auch sind, zu bringen, wenn unsere Marine, wie bisher, in gründlichster Weise für ihre Aufgaben im Kriege vorgebildet werden soll. Die Früchte werden im Ernstfalle nicht ausbleiben.

— Die Reichsfinanzreformvorlage soll am Donnerstag in der Bundesratsitzung einstimmig in der ersten Beratung angenommen worden sein. Die zweite Lesung dürfte schon in nächster Woche stattfinden und dasselbe Resultat haben. Der Gesamtbetrag der neuvorgeschlagenen Steuern wird auf 240 bis 250 Millionen Mark geschätzt.

— Die Reichstagsstichwahl in Eisenach-Kaltenordheim-Vermbach hat am Freitag unter sehr starker Beteiligung der Wähler stattgefunden. Die auf beiden Seiten aufs lebhafteste betriebene Agitation hatte die Erwartung aufs höchste gespannt und in Eisenach strömten am späten Abend so große Menschenmassen, um das Wahl-

resultat zu erfahren, zusammen, daß der Oberbürgermeister Schneider den Aufrühr-Paragraphen anschlagen ließ und die Gendarmarie zusammengezogen wurde. Die Volksmenge, die sich auf dem Karlsplatz und in den angrenzenden Straßen drängte, wich erst, als um 11 Uhr die Feuerwehr herbeigerufen wurde, die dann die Spitze in Tätigkeit setzte. Viele Personen wurden in dem Krawall festgenommen. Ernstere Ausschreitungen kamen jedoch nicht vor. Nach dem bisher bekannt gewordenen Ergebnis, hat der Antisemit Schack mit 9569 Stimmen über seinen sozialdemokratischen Gegner Leber, der 8409 Stimmen erhielt, den Sieg davongetragen. Das Ergebnis aus 15 kleineren Orten steht noch aus. Diesen Ausgang hatte man nach der Stellungnahme der an der Hauptwahl beteiligten Parteien nicht erwarten können. Am 7. November hatte der erstere 4045, der letztere 6886 Stimmen erhalten. Außerdem waren 2780 Stimmen auf den Nationalliberalen Flex, 2698 Stimmen auf Kühner von der Freisinnigen Volkspartei und 1014 Zentrumstimmen auf den Abg. Müller-Fulda gefallen. Zentrum und Nationalliberalen nahmen in bestimmter Weise Stellung gegen den sozialdemokratischen Kandidaten und forderten ihre Parteigenossen auf, auf jeden Fall dem Kandidaten Schack ihre Stimme zu geben. Die freisinnige Parteileitung erklärte, es den Gesinnungsgenossen überlassen zu wollen, wen sie wählen wollten, doch dürfe kein freisinniger Mann für den antisemitischen Kandidaten seinen Wahlzettel abgeben. Das war, zumal noch der bei der Hauptwahl aufgestellte freisinnige Kandidat Kühner direkt für den „Genossen“ Leber agitierte, nur als eine Parteinahme für den Sozialdemokraten zu deuten. Nach dem Abstimmungsresultat muß man schließen, daß ein beträchtlicher Teil der Freisinnigen die Parteiparole unbesorgt gelassen und dem Antisemiten vor dem Kandidaten der Umsturzpartei den Vorzug gegeben hat.

— Berlin, 17. Novbr. Gouverneur Graf Sögen telegraphiert unter dem 16. November: Der größte Teil des Bezirks Lindi kann als beruhigt gelten. Ackerbau und Handel beleben sich dort wieder. Nur Mahenge erscheint noch gefährdet, da das Detachement Wangenheim den Bezirk Morogoro-Rilossa nicht ganz entblößen konnte und nach seiner Teilung zu schwach war, um die Flußübergänge über den Ruaha und Ulanga zu erzwingen. Am 21. d. M. marschiert eine als Besatzung von Morogoro bestimmte Abteilung von Dar-es-Salaam, um dem Hauptmann von Wangenheim freie Hand zu geben. Major Johannes erhielt Befehl, einen Teil seines Expeditionskorps von Uviale auf Mahenge zu detachieren, da Songea nach dem bereits gemeldeten Gescheh bei Nhamabengo außer Gefahr scheint. Hauptmann Nigmann kehrte nach dem Entsatz von Songea nach Iringa zurück. Der Regierungsrat Boeder meldet nach seiner Rückkehr von der Vereinerung des südlichen Teils des Bezirks Dar-es-Salaam, daß Beruhigung eingetreten und die Arbeit wieder aufgenommen sei. In den Matumbibergen kommt es noch zu gelegentlichen kleineren Zusammenstößen.

— Luxemburg. Seine Königl. Hoheit der Großherzog Adolf, vormals Herzog von Nassau ist, wie bereits gemeldet, am 17. d. M. vormittags kurz nach 11 Uhr gestorben. Mit ihm ist der an Jahren älteste regierende Fürst Europas aus dem Leben geschieden. Der nun Vereinigte hat nach den Ereignissen von 1866, die zur Vereinigung des Herzogtums Nassau mit der preussischen Monarchie führten, in loyaler Weise die neugeschaffene politische Lage anerkannt und schon vor dem Heimfall des luxemburgischen Thrones die völlige Ausöhnung mit unserem Kaiserthume angebahnt, die durch seine Zusammenkunft mit Sr. Majestät dem Kaiser vor jetzt 17 Jahren besiegelt wurde. So wird man nicht nur im Stammlande des Großherzogs Adolf, sondern in ganz Deutschland seinen Heimgang aufrichtig beklagen als den eines besonnenen, leutseligen Regenten eines mit Deutschland in Freundschaft verbündeten Nachbarstaates.

— Rußland. Wie aus Petersburg telegraphiert wird, sprechen alle Anzeichen dafür, daß Witte nunmehr bei allen Angehörigen der gesetzlichen Ordnung diejenige Unterstützung finden wird, welche notwendig ist, um die ultramontan-radikalen Elemente, welche durch ihre Haltung den Reaktionen nur in die Hände arbeiten, zum Schweigen zu